

M2-PK-Elg 28.03.2012

Nackenheimer dürfen nicht so, wie sie wollen

Haushalt Kreis streicht Zaun und neue Stühle - Entschuldungsfond

■ **Nackenheim.** Bei verschuldeten Kommunen sind manche Ausgabenposten eher Wunschgedanke als realistische Perspektive. Das musste jetzt auch wieder der Nackenheimer Gemeinderat feststellen, dem Ortsbürgermeister Heinz Hassemer (CDU) die Einwände der Kommunalaufsicht gegen die Etatansätze für 2012 berichtete.

Zwei Positionen strich die Kreisverwaltung. Zum einen darf ein geplanter Zaun zum neu gestalteten Gelände der Gärtnerei Kimmes noch nicht gebaut werden. Schwerwiegender sind aber die 9000 Euro, die in die Bestuhlung der Veranstaltungshalle investiert werden sollte. „Alleine in der Fastnachtszeit hat es zwölf Stühle erwischt“, berichtete Hassemer von einem spürbaren Schwund. Dabei geht es nicht um Diebstahl, sondern um die nicht stabilen Rückenteile.

„Die Kreisverwaltung glaubt, wir wollen einen Vorrat anschaffen, dabei geht es nur um Ersatz“, be-

tonte Hassemer. Von der ursprünglichen Ausstattung des großen Saales mit seinen 570 Plätzen mussten inzwischen 70 Stühle wegen Defekten entsorgt werden. Im vorigen Jahr hatte die Gemeinde zehn Stühle nachgekauft, dieses Jahr wollte die Verwaltung nachlegen.

Mehr achselzuckend als mit Ideen wird in Nackenheim die standardisierte Formulierung der Aufsicht zur Kenntnis genommen, dass die Ortsgemeinde „gehalten ist, der dramatischen Entwicklung entgegen zu wirken“ – womit die Verschuldung gemeint ist.

„Alleine in der Fastnachtszeit hat es 12 Stühle erwischt.“

Heinz Hassemer will Ersatz für die Veranstaltungshalle.

Dass die Gemeinde zumindest gegen das Ausmaß ihrer Liquiditätskredite etwas zu tun bereit ist, weiß das Land selbst gut genug: Bei der Kommunalaufsicht traf sich Anfang des Monats die Sondierungsgruppe, die den Rahmen der Beteiligung Nackenheims am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) festlegte. Demnach muss die Gemeinde drei Beiträge leisten um die Fördergelder zu erhalten: Der Verkauf des Alten Bahnhofs ist bereits erfolgt. Fünf Bauplätze im Baugebiet Sprunk III muss die Gemeinde zudem losschlagen sowie die Grundsteuer anheben. gus